

Anfrage

gemäß der Geschäftsordnung

CDU-Fraktion

Nr.: **A 17/0780-01**

Status: öffentlich

Datum: 19.09.2017

Anfrage zum TOP "Etat 2018",

hier: Kosten für die Flüchtlingsunterbringung/-betreuung in Mülheim an der Ruhr

Anfrage der CDU-Fraktion für die Sitzungen des Finanzausschusses am 20.09.2017 und des Hauptausschusses am 21.09.2017

Beratungsfolge

Status	Gremium
Ö	Finanzausschuss
Ö	Hauptausschuss

Sachverhalt:

Die CDU-Fraktion bittet um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele und welche Stellen für die Flüchtlingsunterbringung/-betreuung in Mülheim an der Ruhr sind seit der Beschlussfassung im Rat der Stadt am 15.12.2016 zum Etat 2017/Stellenplan 2017 tatsächlich besetzt worden?
2. Welche Kosten für die Flüchtlingsunterbringung/-betreuung in Mülheim an der Ruhr sind seit 2013 (separat nach Jahren beziffert) von der Stadt Mülheim an der Ruhr getragen worden?
3. In welcher Höhe und mit welchem Anteil sind seit 2013 (separat nach Jahren beziffert) die Kosten für die Flüchtlingsunterbringung/-betreuung vom Land NRW (inkl. Zuweisung von Bundesmitteln) erstattet worden?
4. Wie hoch sind 2016 die Kosten für die Flüchtlingsunterbringung/-betreuung in Mülheim an der Ruhr pro zugewiesenen/betreuten Flüchtling/Asylbewerber?
5. Wie hoch sind 2016 diese Kosten pro zugewiesenen/betreuten Flüchtling in den Nachbarstädten (z.B. Duisburg, Essen und Oberhausen) gewesen?

Begründung:

Zu den Beratungen des Etat-Entwurfes 2018 werden diese ergänzenden Informationen und Beratungsunterlagen zu den Kosten bzw. zur Kostenentwicklung im Bereich der

Flüchtlingsunterbringung/-betreuung von der CDU-Fraktion gewünscht und erbeten.

Wolfgang Michels
Fraktionsvorsitzender

Eckart Capitain
Ausschusssprecher

Anlagen:

Antrag der CDU-Fraktion zum Stellenplan 2017 - A 16/1239-01 -

Antrag

gemäß der Geschäftsordnung

Fraktion, CDU

CDU-Fraktion

Nr.: A 16/1239-01

Status: öffentlich

Datum: 12.12.2016

Antrag zum TOP "Stellenplan 2017" (V 16/0851-01 und V 16/0852-01)

Antrag der CDU-Fraktion für die Ratssitzung am 15.12.2016

Beratungsfolge

Status

Gremium

Ö

Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr

Beschlussvorschlag:

Die CDU-Fraktion beantragt:

Der Rat der Stadt beschließt den Stellenplan 2017 unter folgenden Maßgaben mit nachfolgenden

Korrekturen in den jeweiligen Verwaltungseinheiten/Ämtern:

1. Es werden bis zu 30,75 Mehrstellen der von der Verwaltung vorgeschlagenen insgesamt 132,45 Neueinstellungen (= 23,2%) aus dem Stellenplan 2017 gestrichen. Als Einsparvolumen bei den ausgewiesenen Stellenausweitungen wird die Einsparsumme bis zu 1,8 Mio. € vorgegeben.
2. Es wird die Streichung von Mehrstellen in nachfolgenden Entgeltgruppen beschlossen, insofern diese nicht absolut notwendige pflichtige Mehrstellen betrifft:

- EG 8: - 5,0 Mehrstellen

- EG 9:- 13,0 Mehrstellen

- EG 10:- 5,0 Mehrstellen

- EG 11:- 4,5 Mehrstellen

- EG 12:- 0,5 Mehrstelle

- A 10: - 2,75 Mehrstellen

Der Antrag der CDU-Fraktion bezieht sich auf die Streichung folgender Mehrstellen:

Antrags-Nr. Stellenbezeichnung Bewertung St.-Anteil Pers.-Aufw.p.a.

a.

11-02a Sachbearbeiter/-in Arbeitsschutz EG 91,00 62.500 €

11-02b Sachbearbeiter/-in Arbeitsschutz A 10 1,00 64.100 €

11-03 Brandschutzbeauftragte/r EG 11 1,0073.400 €

Die Neueinstellungen betragen für AN 11-02a, AN 11-02b und AN 11-03 jeweils eine 0,5 Stelle.

Die Kostenersparnis beträgt ca. 100.000 € p.a..

b.

32-02. Sachbearbeiter/-in Aufgaben nach A 100,50 32.050 €

dem Prostitutionsschutzgesetz

32-03 Sachbearbeiter/-in - Ausländerw. A 104,00 256.400 €

Die Neueinstellungen betragen für AN 32-02 eine 0,25 Stelle und für AN 32-03 zwei Stellen.

Die Kostenersparnis beträgt ca. 145.000 € p.a..

c.

32-04 Sachbearbeiter/-in - Ausländerw. EG 8 3,00 153.300 €

Die Neueinstellungen beträgt für AN 32-04 1,5 Stellen. Die Kostenersparnis beträgt ca. 77.000 € p.a..

d.

33-01 Teammitglied - Bürgerservice EG 82,50127.750 €

Die Neueinstellungen beträgt für AN 33-01 eine 0,5 Stelle. Die Kostenersparnis beträgt ca. 25.000 € p.a..

e.

50-06 Sachbearbeiter/-in - Unterbringung EG 81,00 51.100 €

Die Neueinstellungen beträgt für AN 50-06 eine 0,5 Stelle. Die Kostenersparnis beträgt ca. 26.000 € p.a..

f.

50-09 Fachkraft - Bezirkssozialarbeit (ASD). EG 99,50 476.900 €

50-10 Gruppenleiter/-in ASD EG 112,00 151.000 €

50-11 Gruppenleiter/-in wirtschaftl.

Jugendhilfe EG 93,00 187.500 €

Die Neueinstellungen betragen für AN 50-09 4,5 Stellen, für AN 50-10 eine Stelle und

für AN 50-11 zwei Stellen. Die Kostenersparnis beträgt ca. 425.000 € p.a..

g.

50-14 Sachbearbeiter/-in Arbeitgeber-

service „Geflüchtete“ EG 11 1,00 73.400 €

50-15 Kommunale Integrationsfachkraft EG 10 3,00. 188.100 €

Die Neueinstellungen für AN 50-14 und AN 50-15 werden nicht vorgenommen.

Die Kostenersparnis beträgt ca. 262.000 € p.a..

h.

70-04 Sachbearbeiter/in Luftreinhaltung EG 121,00 82.600 €

70-05a Sachbearbeiter/-in Verwaltung

Artenschutz EG 9 0,5 31.250 €

Die Neueinstellungen betragen für AN 70-04 eine 0,5 Stelle und werden für AN 70-05a

nicht vorgenommen. Die Kostenersparnis beträgt ca. 45.000 € p.a..

i.

10-01 IT-Sicherheitsadministrator EG 91,00 62.500 €

45-01 Bildungsbegleiter/-in EG 95,00 292.500 €

70-03 Sachbearbeiter/-in Datenmanagement EG 112,00 146.800 €

R1-01 Sachbearbeiter/-in Neue Medien. EG 81,00 51.100 €

R1-02 Redakteur/-in Neue Medien EG 101,00 66.100 €

R1-03 Redakteur/-in Neue Medien EG 101,00 66.100 €

Die Neueinstellungen für AN 10-01, AN 45-01, AN 70-03 sowie R1 - 01/02/03 werden nicht vorgenommen. Die Kostenersparnis beträgt ca. 685.000 € p.a..

Begründung:

Die Verwaltung schlägt mit dem Etatentwurf und Stellenplan 2017 eine umfangreiche Stellenausweitung (132,45 Mehrstellen) vor. Dies ist zum Teil den aktuellen Entwicklungen im Bereich „Soziales und Asyl“ geschuldet. Trotzdem kann vor dem Hintergrund der Haushaltslage aus Sicht der CDU-Fraktion nur der allernotwendigste und dringliche Teil berücksichtigt werden. Insofern trägt die CDU-Fraktion die zusätzlichen Stellen nur begrenzt mit.

Im Rahmen der möglichen Genehmigung der Bezirksregierung Düsseldorf waren Personalkostensenkungen aufzuzeigen.

Der Antrag der CDU-Fraktion zielt darauf ab, von den im Stellenplan-Entwurf ausgewiesenen Mehrstellen (132,45) bis zu 30,75 Mehrstellen zu streichen und damit eine Einsparsumme bis zu 1,8 Mio. € zu erreichen.

Bei den ggf. im Rahmen der Flüchtlingsbetreuung und -unterbringung einzurichtenden Mehrstellen wird davon ausgegangen, dass das Land NRW gemäß Art. 78 der Landesverfassung und des Konnexitätsausführungsgesetzes für eine vollständige Kostenerstattung sorgt.

Die Neueinstellungen in Amt 50 stehen unter dem Vorbehalt der tatsächlichen Notwendigkeit und sind in den Fachausschüssen zu dokumentieren. Sollten sich die Fallzahlen entsprechend reduzieren, entfallen die entsprechenden Stellen aus dem Stellenplan automatisch.

Wolfgang Michels

Fraktionsvorsitzender